



Interviews

30. August 2024

Nach Solingen und den Messerattacken und tödlichen Schüssen von Moers und Recklinghausen – Wie groß ist der Druck auf und die politische Unterstützung für die Polizeibeamten? – Interview mit Jochen Kopelke, Bundesvorsitzender der GdP

Grunwald: Keine Frage, der Messeranschlag in Solingen mit einem mutmaßlichen Täter aus Syrien, der 2023 eigentlich hätte ausgewiesen werden müssen, mit drei Todesopfern und mehreren Schwerverletzten, dieser Anschlag hat die Debatte um Schuld, Versäumnisse der Behörden, um eine schärfere Asyl- und Abschiebepolitik befeuert, die Stadt Solingen außerdem in Schockstarre und Trauer versetzt. Ja, und wie wirkt sich das auf die Polizei aus? Sind Polizisten im Einsatz auf solche Gefahren vorbereitet? Braucht die Polizei mehr Befugnisse und was hilft das neue Sicherheitspaket der Bundesregierung? Das kann ich alles besprechen mit Jochen Kopelke, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, jetzt zugeschaltet. Guten Morgen, Herr Kopelke.

Kopelke: Schönen guten Morgen aus Berlin.

Grunwald: Herr Kopelke, nach Solingen herrscht ja so etwas wie ein aufgeregtes Klima. Sorgt das auch für Unsicherheit bei der Polizei, bei den Beamten im Einsatz auf der Straße?

Kopelke: Ja, diese Aufregung nehmen wir im politischen Raum natürlich wahr. Aufgeregt in den Sicherheitsbehörden sind wir nicht. Das ist eine grausame Tat gewesen und die wird ermittelt. Und wir haben auch Leben retten können vor Ort. Aber Aufregung können wir in den Sicherheitsbehörden nicht brauchen. Was wir brauchen, sind ja weitreichende Befugnisse, damit solche Taten nicht wieder passieren.

Grunwald: Bevor wir auf die Befugnisse kommen, nach Solingen vor einer Woche gab es in Nordrhein-Westfalen noch zweimal Messervorfälle, die tödlich endeten. In Moers erschoss die Polizei am Dienstag einen Mann, der mit zwei Messern in der

Hand auf Polizeibeamte losstürmte und in Recklinghausen am späten Mittwochabend gab es ebenfalls einen Schusswechsel zwischen Polizisten und einem randalierenden Mann mit einem Messer. Er wurde tödlich getroffen. Inwieweit zeigt das, wie sehr Polizisten im Einsatz unter Druck stehen, vielleicht auch überreagieren?

Kopelke: Erst einmal zeigt das, wie gefährlich Messer und der Einsatz von Messern ist. Wer ein Messer gegen Menschen richtet oder gegen Polizisten, der muss damit rechnen, dass wir die Dienstwaffe ziehen und schießen. Das muss jedem in Deutschland klar sein. Das dürfen wir rechtlich, aber wir tun das auch. Aber der Druck, das würde ich so nicht bestätigen. Ich glaube, es gibt eine hohe Erwartungshaltung unserer Bevölkerung, dass die Polizei Menschen schützt und dass wir Straftäter fangen. Und wenn man jetzt den Kontext Messer sieht, dann sehen wir natürlich diese schrecklichen tragischen Vorfälle, wo Menschen sterben, weil wir von der Schusswaffe Gebrauch machen, aber die überwiegende Zahl kriegen wir gelöst, kriegen wir auch ohne Verletzungen gelöst, weil wir natürlich auch in der Polizei besonders geschult sind.

Grunwald: Also war das Handeln der Polizisten in Moers und Recklinghausen, soweit Sie es beurteilen können, gerechtfertigt? Da laufen ja noch Ermittlungen.

Kopelke: Ja, erst einmal müssen wir ja feststellen, sofort, wenn ein Polizist schießt, ist der Polizist oder die Polizistin Beschuldigte im Strafverfahren. Erst einmal wird geguckt, ob nicht die eine Straftat begangen hat. Und das ist natürlich ganz wichtig, dass Sie dadurch verstehen, dass wir Polizisten und Polizistinnen genau überlegen: Wann darf ich meine Schusswaffe einsetzen? Was hat mir das Parlament erlaubt? Und insofern, aus der Ferne betrachtet, nehme ich hier erst mal nur wahr, dass meine Kolleginnen und Kollegen einer dramatischen Situation sich gestellt haben. Während andere weglaufen dürfen, müssen wir rein in die Situation. Und dabei kam es zum Tod. Das ist tragisch. Das muss man aufarbeiten, vielleicht mit anderen Ausrüstungsgegenständen in Zukunft anders agieren, aber im Kern machen wir gute Polizeiarbeit.

Grunwald: Sie haben vorhin gesagt, Polizisten werden darauf geschult. Wie gut werden sie tatsächlich auf solche Gefahren geschult?

Kopelke: Na, die Grundausbildung von Polizistinnen und Polizisten ist sehr aufwendig. Deswegen dauert es ja auch zwei bis drei Jahre, bis sie überhaupt die Polizeiarbeit können. Und wenn sie dann im weiteren Dienst versuchen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen zu ergreifen, Schießtraining zu machen und so, dann wird es immer schwieriger. Warum wird es schwieriger? Weil wir ja gar nicht mehr die Ressourcen haben, um im Dienstalltag auch einmal innezuhalten und zu sagen: Wo ist mein Schulungsbedarf? Welche neuesten Techniken gibt es? Und das ist unsere große Kritik als Gewerkschaft der Polizei an unsere Dienstherrn in Bund und Land. Man muss der Polizei die Zeit und die Ressourcen geben, damit wir auf dem neuesten Trainingsstand sind, mit dem neuesten Gerät, also zum Beispiel einem Taser, ein Elektroschocker, der sozusagen, den Menschen erstarren lässt und ihn nicht tödlich verletzt. Und da ist definitiv Nachholbedarf in der gesamten Republik.

Grunwald: Also da fehlt es noch. Ich komme noch mal auf einen Punkt. Messerverbot. Nach Solingen gab es ja diesen politischen Druck, das Waffenrecht, Asylpolitik, Abschiebepolitik zu verschärfen. Dann das Sicherheitspaket gestern von der Bundesregierung. Ein zentraler Punkt ein Messerverbot bei Veranstaltungen und auch im Bus- und Bahnverkehr. Und da soll die Bundespolizei verdachtsunabhängig kontrollieren dürfen. Angesichts des Personalmangels bei der Polizei, ist das überhaupt machbar?

Kopelke: Nein das ist nicht machbar. Und das Maßnahmenpaket, was gestern vorgestellt wurde, geht zwar in die richtige Richtung, reicht aber bei Weitem nicht aus. Und warum? Weil wir natürlich ganz andere Befugnisse grundsätzlich gehabt haben. Und beim Waffenrecht auch wieder feststellbar: Wir wollten ein einfaches, deutlich für Menschen, die in Deutschland leben, verständliches. Und jetzt haben wir bekommen: Es kommt auf den Ort an. Es kommt auf den Menschen an. Es kommt auf das Messer an. Insofern sehr viele Hürden, Prüfschritte, bis wir eigentlich in die Arbeit kommen.

Grunwald: Also das Messerverbot sehen Sie da eher schwierig. Und Sie sagen ja, wir fordern aber weitere Überwachungsmöglichkeiten. Was hätten Sie denn da gerne?

Kopelke: Na, erst einmal sprechen wir bei Solingen auch über die Bekämpfung von Terroristen. Da erwarten wir schon, dass wir IP-Adressen speichern dürfen, um zu

gucken: Mit wem hat dieser Mensch in seiner Geflüchteten-Unterkunft kommuniziert? Wo ist das Netzwerk? Wir haben schon erwartet, dass wir im Blick auf die grenzpolizeiliche Arbeit moderne Technik bekommen, um Fingerabdrücke direkt an der Grenze festzustellen. Und mit Blick auf das Waffenrecht muss ich schon sagen, wenn man ein allgemeines Umgangsverbot oder das Führen in der Öffentlichkeit gefasst hätte, dann hätten wir auch in der Innenstadt kontrollieren können, dann hätten wir Befugnisse gehabt, wo die Menschen sehen, da ist ein Polizist, der hilft sofort. Und jetzt sind wir wieder an dem Punkt, dass wir sagen müssen: Sind wir in der Bahn? Sind wir in einem Flugzeug? Sind wir in landespolizeilicher Zuständigkeit oder Bundespolizei? Das ist ja gerade der Wirrwarr, den man hätte entzügeln müssen, damit wir viel freier und einfacher arbeiten können.

Grunwald: Sie haben jetzt gerade als ersten Punkt genannt: Speicherung von IP-Adressen. Bundesjustizminister Buschmann, FDP, sieht ja da enorme Bedenken. Und er hat durchgesetzt, dass ein Richter im Verdachtsfall zunächst anordnen muss, dass bestimmte Daten gesichert werden dürfen. Das soll für Sie weg, wenn es nach Ihnen geht?

Kopelke: Das ist vor allen Dingen zu kompliziert. Und das, was man im sogenannten Quick-Freeze-Verfahren uns zur Verfügung stellt, ist ein solcher Zeitdruck, wo sie noch gar nicht wissen: Um wen geht es? Welche Tat? Welches Netzwerk? Und wenn sie es wissen, dann ist die Zeit vorbei, als dass sie zurückgucken können: Mit wem hat der digital kommuniziert? Das ist aus der Praxis überhaupt nicht hilfreich. Deswegen ja auch die Kritik am Bundesjustizminister, da endlich, gerade in dieser Phase, in der wir in Deutschland sind, endlich der Polizei, BKA und anderen diese Befugnis zu geben.

Grunwald: Sie wollen schärfere Kontrollen an den Grenzen – haben Sie auch als Punkt aufgeführt – und auch dafür besser ausgestattet sein. Sie wollen Menschen schon vor der Einreise abfangen und ihre Identität feststellen. Wie genau stellen Sie sich das denn vor?

Kopelke: Wir nehmen das Beispiel Solingen. Wann hat dieser Mensch sich radikalisiert? Diese Frage, der müssen wir nachgehen. Aber wann ist er nach Deutschland

gekommen und warum haben wir nicht vorher schon einen Background Check bei jemandem gemacht, bei dem wir wissen, dass er aus einer IS-Hochburg kam? Da muss man doch bei Menschen, die ein Handy dabei haben oder andere Gegenstände dabei haben, gucken, ob dieser Mensch nicht vorher schon in diesen Operationsgebieten von Terrororganisationen Kontakt zu denen hatte. Was machen wir in Deutschland? Wir lassen die Menschen erst einmal ... an der Grenze stoppen wir sie auf. Dann geben wir die in die Zuständigkeit des Bundesamtes für Migration und den Landesbehörden. Immer noch nicht wurde gefragt, ob es einen Kontakt zu Terrororganisationen gab? Und irgendwann mal kommt die Polizei und darf dann prüfen, wenn es einen Verdacht gibt. Das kann man doch alles viel früher machen.

Grunwald: Nämlich?

Kopelke: Ja, in dem Moment, wo ich die Person antreffe. Und wir treffen ja an den Grenzkontrollpunkten derzeit viel mehr Menschen an. Und wenn sie dann auf eine Person treffen, wo sie mit dem Fingerabdruck arbeiten, wo sie das Handy vielleicht auslesen könnten und sehen, es gibt einen Kontakt und einen Bezug zum IS, zu Gräueltaten, möglicherweise gemeinsame Fotos, wie man Terror begeht, dann hätten wir doch eine Grundlage zu sagen: Dich wollen wir hier nicht, es gibt Menschen, die flüchten vor Menschen wie dir. Und das braucht eine Diskussion jetzt im Bundestag. Deswegen gucken wir auch, was das Maßnahmenpaket angeht, jetzt sehr genau auf den Deutschen Bundestag, insbesondere vor der Frage wie der Bundestag die Bewältigung dieser Sicherheitslage tatsächlich sieht.

Grunwald: Sagt an dieser Stelle Jochen Kopelke, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, danke schön für Ihre Zeit heute Morgen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.